

Dietrich John

COVID-19 und die EU-Entwicklungszusammenarbeit: Rückschlag oder „Neue Ära“?

Die EU-Entwicklungszusammenarbeit steht in der Corona-Pandemie vor schwierigen Zeiten. Entwicklungsländer sind von ihren Folgen stärker betroffen als industrialisierte Staaten. Letztere sind verstärkt mit sich selbst beschäftigt, sodass der erhöhte Bedarf nach Entwicklungshilfe noch schwieriger zu decken ist. Die EU und ihre Mitgliedstaaten tragen als größte Geber der Welt eine besondere Verantwortung. Um Entwicklungsrückschritte durch COVID-19 zu verhindern, will die EU mit dem Ansatz „Team Europe“ die interne Kooperation stärken, Synergien erwirken und Mittel gebündelter und effizienter einsetzen. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen 2021-27 soll durch das NDICI-Instrument die Entwicklungszusammenarbeit strukturell aufwerten. COVID-19 könnte somit eine „neue Ära“ der EU-Entwicklungszusammenarbeit einläuten, wenn der politische Wille, entwicklungspolitisch gemeinsam zu agieren, auch langfristig vorhanden ist.

Schlagwörter:

Team Europe - Entwicklungszusammenarbeit - Corona-Pandemie - COVID-19 und Entwicklungspolitik - Chance - internationale Kooperation - Europäische Union - European Development Days

COVID-19 und die EU Entwicklungszusammenarbeit: Rückschlag oder „Neue Ära“?

|| Dietrich John

Globale Entwicklungszusammenarbeit vor schwierigen Zeiten

Die Europäischen Entwicklungstage (European Development Days, EDD) sind seit 2006 ein alljährlicher Höhepunkt für Experten und Organisationen, die sich im Bereich der europäischen und globalen Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Seit vielen Jahren dient die in Brüssel stattfindende Veranstaltung, oftmals auch als „Davos für Entwicklungsfragen“ umschrieben, als wesentliche Plattform der Entwicklungszusammenarbeit: Ideen und Erfahrungen werden ausgetauscht, inhaltliche Schwerpunkte gesetzt, und die Schaffung von Partnerschaften vorangetrieben. Angesichts der Corona-Pandemie fanden die diesjährigen 14. Development Days jedoch nicht statt.

Ist das Ausbleiben der EDD ein Vorzeichen für die schwierigen Zeiten, welche der europäischen und globalen Entwicklungszusammenarbeit bevorstehen? Vieles spricht dafür. Andererseits birgt jede Krise auch Chancen und die Europäische Union ist, wie oft in der Vergangenheit, fest entschlossen, aus der aktuellen Krise gestärkt hervorzugehen. Im Rahmen ihrer umfassenden „Team Europe“ Reaktion auf die Corona-Pandemie hat die EU – nach gewissen anfänglichen Schwierigkeiten – mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel und engerer Kooperation zwischen beteiligten Akteuren und Institutionen Maßnahmen gesetzt, um negativen Entwicklungen für weltweite Entwicklungszusammenarbeit entgegenzuwirken. Es bleibt

jedoch abzuwarten, wie effektiv diese langfristig sein werden und ob es gelingen kann, die massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie ausreichend abzufedern. COVID-19 hat für internationale Entwicklungszusammenarbeit einschneidende Auswirkungen. Einerseits weil die Pandemie den globalen Bedarf nach Entwicklungshilfe verstärkt. Andererseits, weil die mit der Gesundheitskrise einhergehende weltweite Wirtschaftskrise die Kapazitäten zur Entwicklungshilfeleistung auf Seite der Geber stark beeinträchtigt. Der EU und ihren Mitgliedstaaten als mit Abstand größtem Geber der Welt kommt in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle und gleichzeitig Verantwortung zu.

Globale Gesundheitskrise – asymmetrische Folgen

Viele Entwicklungsländer, gerade auch die ärmsten Länder der Welt etwa in Subsahara-Afrika, sind im Vergleich zu industrialisierten Staaten – zumindest bisher – von der Pandemie nur mäßig getroffen worden. Wenn gleich es positiv ist, dass sich die unmittelbaren gesundheitlichen Auswirkungen vergleichsweise in Grenzen halten, so sind Experten von Vereinten Nationen (UNO), Weltgesundheitsorganisation (WHO), oder dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) über die langfristigen sozioökonomischen Folgen zutiefst besorgt. Viele der betroffenen Länder sind arm, haben schwache oder keine Sozialsysteme, unzureichend ausgebauten Infrastrukturen, und wenig diversifi-

zierte Wirtschaftsstrukturen. Große informelle Sektoren am Arbeitsmarkt haben zur Folge, dass viele Menschen über keine soziale Absicherung verfügen und schnell in Armut abrutschen. Folglich werden diese Länder vom globalen Wirtschaftseinbruch vielfach empfindlicher getroffen als industrialisierte Länder. Besonders auch der ausbleibende Tourismus ist für viele Entwicklungsländer ein Problem. Exemplarisch hierfür ist etwa Vanuatu, wo es nur wenig COVID-19-Fälle gibt, aber die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Jobs massiv sind.¹

Aber auch innerhalb von Gesellschaften fallen die sozioökonomischen Auswirkungen asymmetrisch aus. Dies gilt allgemein, doch in Entwicklungsländern zeigen sich die Konsequenzen stärker als in industrialisierten Ländern. Während sich finanziell und sozial besser gestellte Schichten und Bevölkerungsgruppen gegen negative Auswirkungen schützen können, werden jene von der Corona-Pandemie am stärksten getroffen, die ohnehin schon in der größten Notlage sind. Zu den am stärksten gefährdeten Gesellschaftsgruppen gehören u.a. Frauen und Mädchen.² UNO-Schätzungen zufolge dürften wegen COVID-19 weitere 47 Millionen Frauen in Armut geraten.³

Wenn man all dies in Betracht zieht, so ist es nicht verwunderlich, dass die Vereinten Nationen eindringlich vor der Gefahr warnen, dass die Corona-Pandemie die Entwicklungsfortschritte der letzten Jahrzehnte in den am wenigsten entwickelten Ländern zunichtemachen könnte⁴. Eine besondere Bedrohung besteht auch für vom Klimawandel am stärksten betroffene Regionen, die nun mit mehreren Gefahren gleichzeitig konfrontiert sind. COVID-19 hat Fortschritte bei Umweltfragen zurückgeworfen, etwa durch die Verschiebung der diesjährigen UN-Klimakonferenz von 2020 auf 2021 oder die Verzögerungen der Einreichungen revidierter nationaler Klimaschutzbeiträge. Auch dies ist ein Bereich, in dem sich die EU international besonders stark engagiert und in dem ihr besondere Verantwortung zukommt.

Risiko der „Selbstbeschäftigung“ entwickelter Länder

Zu den Herausforderungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit kommt die Tatsache, dass bereits vor dem Corona-Ausbruch geplante Finanzierungen bis 2030 nicht ausreichend waren, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Zusätzlich grenzten hohe Staatsverschuldungen den fiskalen Spielraum ein.⁵ Aufgrund der massiven gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie sind entwickelte Länder nun zunehmend mit sich selbst beschäftigt. Die politische Aufmerksamkeit ist angesichts der Krisenlage eher „nach innen“ gerichtet, was sich auch in der Bereitstellung von Ressourcen widerspiegelt.

So wirkt die zusätzliche Unterstützung von Entwicklungsländern mit teils neuen, teils umgeschichteten Mitteln in Höhe von etwa 36 Mrd. EUR im Vergleich zu den massiven nationalen und europäischen Wachstumsprogrammen auf den ersten Blick eher spärlich.⁶ Im Juli 2020 brachte der Europäische Rat einen EU-Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Mrd. EUR („Next Generation EU“) auf den Weg, welcher den nächsten, 1,05 Bio. EUR umfassenden EU-Haushalt 2021-27 flankiert. Hinzu kommen nationale Aufbauprogramme – alleine Deutschlands Hilfspaket vom Mai 2019 etwa umfasste Mittel in Höhe von 353,3 Mrd. EUR (haushaltswirksame Maßnahmen).⁷

In einem optimistischen Szenario rechnet die OECD wegen COVID-19 mit einem Schrumpfen der Weltwirtschaft um mindestens 6 Prozent im Jahr 2020. Dies entspricht einem Vielfachen des Wirtschaftseinbruchs des Jahres 2009, damals schrumpfte das weltweite BIP um lediglich 0,1 Prozent.⁸ Schon damals standen plötzlich weniger Mittel für Entwicklungshilfe zur Verfügung. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit dürften daher deutlich heftiger ausfallen.

Besondere Verantwortung für die EU

Mehr Bedarf an Entwicklungshilfe und gleichzeitig größere Herausforderungen, diesen Bedarf zu decken – der Europäischen Union kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu. Denn zusammen mit ihren Mitgliedstaaten leistet die EU seit vielen Jahren mehr öffentliche Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance*, ODA) als alle anderen Staaten zusammen. Auch im Jahr 2019 war die EU mit 55,2 Prozent und etwa 75,2 Mrd. EUR wieder mit Abstand weltweit größter Geber.⁹ An zweiter Stelle folgt die USA mit einem Anteil von 22,7 Prozent und Mitteln in Höhe von 30,9 Mrd. EUR.

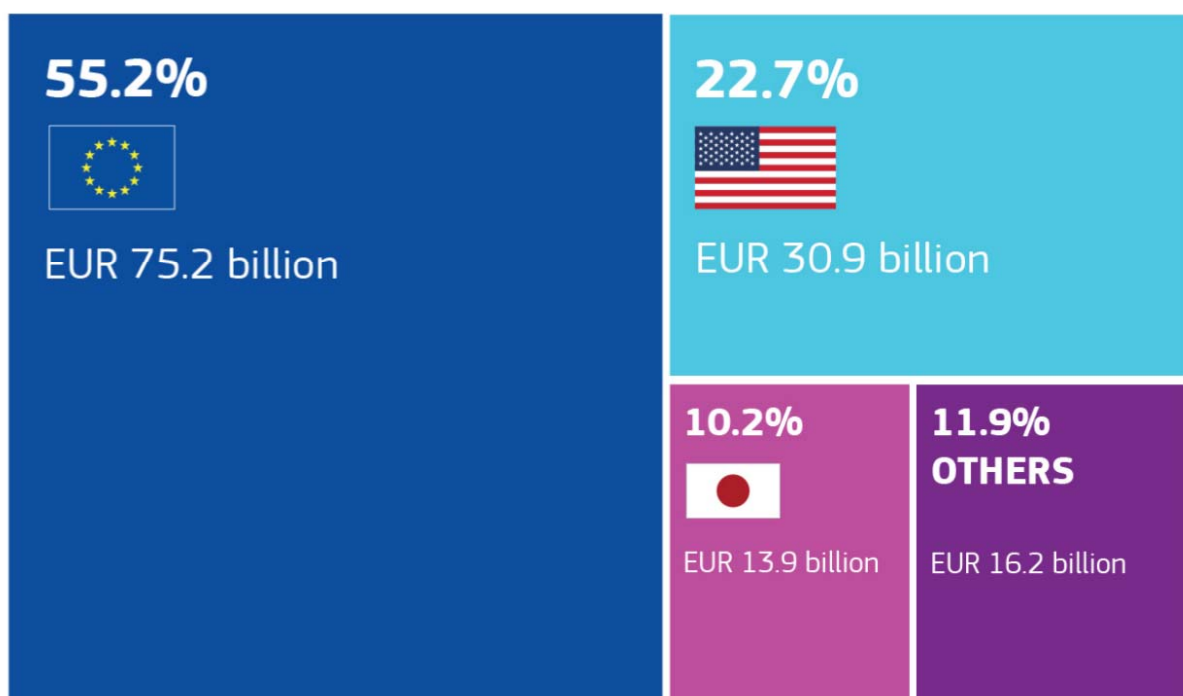
Neben der Bereitstellung von Mitteln spielt die EU aber auch eine zentrale Rolle bei der Koordinierung und Zusammenführung von Hilfeleistungen, Investitionen, Handel, oder der Mobilisierung inländischer Ressourcen. Ziel ist es, das volle Potenzial aller verfügbaren Finanzströme und Unterstützungsmaß-

nahmen freizusetzen. Die EU mobilisiert im Rahmen des Europäischen Außeninvestitionsplans oder des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung zusätzliche Finanzmittel für Partnerländer und unterstützt diese auch etwa bei Verbesserungen im Bereich der Steuererhebung und der Verwaltung öffentlicher Ausgaben. Wie die EU also in der Corona-Krise entwicklungspolitisch agiert, wird somit die Lage in Entwicklungsländern in den kommenden Jahren und das Ausmaß der Corona-Auswirkungen wesentlich beeinflussen.

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-27: Aufwertung der Entwicklungszusammenarbeit durch neue Strukturen

Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen 2021-27, welcher den Rahmen für den jährlichen EU-Haushalt setzt, wird in dieser Hinsicht grundlegende Richtungen festlegen. Die politischen Verhandlungen wurden zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft 2020 abgeschlossen. Entwicklungspolitisch besonders

Official Development Assistance: the EU is the world's biggest donor



Quelle: Europäische Kommission. URL https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/864363/Annex_Tables_and_Graphs_ODA_2019.pdf

relevant wird das neue „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit“, kurz „NDICI“ (*Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument*). Dieses wird das mit Abstand größte und wichtigste Instrument im außen- und entwicklungspolitischen Bereich (Rubrik 6) des neuen EU-Haushalts.

Nach umfassenden Verhandlungen zwischen Rat und Europäischem Parlament wurden mit 79,5 Mrd. EUR (laufende Preise) nun weniger Mittel für das NDICI bereitgestellt als im Kommissionsvorschlag aus dem Jahr 2018 ursprünglich geplant. Unabhängig davon jedoch - und verglichen mit den bisherigen komplexen Strukturen - wird das NDICI als vereinfachtes, neues Instrument schon jetzt von manchen Akteuren und Experten¹⁰ positiv und als Schritt hin zu einer Aufwertung der Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen.

„Team Europe“ – Wie die EU auf die Corona-Pandemie reagiert

Die EU ist sich der „doppelten Gefahr“ der Corona-Pandemie für Gesundheit und Wirtschaft in den ärmsten Ländern der Welt bewusst. Seit April 2020 ist ihre Reaktion im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit durch den Ansatz „Team Europe“ bestimmt. Im Rahmen dieser Initiative werden jetzt Mittel in Höhe von insgesamt etwa 36 Mrd. EUR vor allem für Entwicklungsländer und -regionen, die bedürftigsten Menschen in der Welt, aber auch Nachbarstaaten der EU bereitgestellt. Es handelt sich um eine Mischung aus Umschichtungen bereits vorgesehener Beträge, neue Mittel und Garantien.

Seit Beginn der Pandemie unterstützt die EU Entwicklungsländer durch die Stärkung ihrer Gesundheitssysteme, die Bereitstellung medizinischer Ausrüstung, und darüber hinaus mit längerfristig angelegten Maßnahmen etwa im Form von umgeschichteten oder neu eingeplanten Zuschüssen oder Budgethilfen, welche oftmals in Kooperation mit anderen Institutionen auf den Weg gebracht wurden.

Konkrete Beispiele hierfür gibt es viele: 15 Staaten im Pazifikraum erhalten im Rahmen eines neuen Hilfsprogramms 22 Mio. EUR¹¹; die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen im Sudan werden mit 160 Mio. EUR unterstützt¹²; acht Länder am Horn von Afrika werden mit umfassender Schutzausrüstung und Test-Kits beliefert¹³; 10,4 Mio. EUR fließen für den digitalen Ausbau im Bereich von Gesundheit und Bildung an die Demokratische Republik Kongo, Ruanda, und Burundi¹⁴; in der Zentralafrikanischen Republik werden mit Zuschüssen in Höhe von 54 Mio. EUR die sozioökonomischen Risiken der Pandemie adressiert¹⁵; Gambia wird bei der Bekämpfung der Pandemie mit Budgethilfen von 25 Mio. EUR unterstützt¹⁶. Diese Mittel werden für die Unterstützung der Gesundheitssysteme, für Notfallhilfe, aber auch für wirtschaftliche Maßnahmen in Partnerländern eingesetzt. Auch in der EU ansässige Unternehmen bringen sich ein, etwa durch die verstärkte Produktion von Schutzausrüstung in Entwicklungsländern oder durch die Bereitstellung kostenloser oder günstigerer Dienstleistungen.¹⁷

Bei „Team Europe“ geht es aber nicht nur um Geld. Neben der „Finanzspritze“ wird ein grundlegend neuer Ansatz verfolgt, bei dem die noch engere Zusammenarbeit verschiedener europäischer entwicklungspolitischer Akteure im Zentrum steht. So sollen sich EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) enger in ihren entwicklungspolitischen Maßnahmen abstimmen. Besonders relevant ist hierbei der Aspekt der gemeinsamen Programmierung, aber auch etwa Verbesserungen bei einer abgestimmten Vorgehensweise bei der Außenkommunikation.

Ziel ist es insgesamt, Synergien auszubauen, effizienter zu werden, und entwicklungspolitisch weltweit wirklich gemeinsam zu agieren. Manche Experten sprechen gar von einer „neuen Ära“ in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit, welche der Corona-Pandemie zu „verdanken“ sei. Auch wenn der vor allem von der Kommission vorangetriebene Vorstoß viel Potenzial hat, ist

abzuwarten, welche Ergebnisse konkret erreicht werden können. Dies wird nicht nur eine Frage des Geldes sein, sondern vor allem auch des politischen Willens auf Seiten aller involvierten Akteure, allen voran der EU-Mitgliedstaaten.

Engere Kooperation und mehr digitale Formate

Die Corona-Krise hat aber auch aufgezeigt, dass neue digitale Formate zukunftsweisende Alternativen sein könnten und bisherige Praktiken im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zumindest in Teilen effizienter gestalten könnten. Zum Beispiel birgt die Durchführung von virtuellen Treffen, Diskussionen und Veranstaltungen das Potenzial, mehr Beteiligung zu erzielen und Kosten, etwa für die Anreise von Teilnehmern, zu senken.¹⁸ Auch in diese Richtung könnte die EU in Zukunft arbeiten und so die Entwicklungszusammenarbeit bewusst strategisch digitaler und zukunftsorientierter gestalten.

EU kann globale entwicklungspolitische Herausforderungen nicht alleine stemmen

Auch wenn die Europäische Union als weltweit größter Geber einen großen Einfluss auf internationale Entwicklungspolitik hat, so ist auch klar, dass sie alleine die globalen entwicklungspolitischen Herausforderungen nicht stemmen kann. Dies gilt auch für die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Selbst wenn es der EU also gelingt, die Corona-Pandemie als Chance für eine modernere und effizientere Entwicklungszusammenarbeit zu verstehen, so gibt es zahlreiche andere relevante Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt und auf welche die EU bestenfalls indirekten Einfluss hat.

Hierzu zählen etwa die mittel- bis langfristige Gesamtentwicklung der Weltwirtschaft, aber auch internationale politische Faktoren. Neben Sicherheitsfragen in Entwicklungsländern, insbesondere dem Verlauf von Konflikten in Afrika, wird auch ganz besonders die entwicklungspolitische Rolle anderer internationaler Akteure, allen voran jene der USA, und mittel- bis langfristig wohl auch jene

Chinas, entscheidend sein. Der entwicklungspolitische Kurs der Vereinigten Staaten nach Donald Trump und unter dem nächsten Präsidenten Joe Biden bleibt abzuwarten. Jedoch gibt es Hoffnungen, dass sich die USA stärker im Entwicklungsbereich einbringen und ihre Hilfe für arme Länder ausweiten¹⁹. Die EU kann sich gemeinsam mit ihren Partnern für globale Entwicklungszusammenarbeit in internationalen und multilateralen Institutionen einsetzen und versuchen, Schwerpunkte zu setzen. Auch dies wird aber nur gelingen, wenn der politische Wille, entwicklungspolitisch abgestimmt zu handeln und mit einer Stimme zu sprechen, vorhanden ist.

Wichtig wäre es jedoch, dass sich politische Führungskräfte bewusst sind, dass die langfristigen negativen Auswirkungen in Entwicklungsländern, allen voran Subsahara-Afrika, einen direkten Einfluss auf die Prosperität und Sicherheit in Europa selbst haben. Eine Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit, gerade im aktuellen Moment, liegt also im ureigenen Interesse der europäischen Geber²⁰. Wenn dieser Zusammenhang erkannt wird, so könnte die Corona-Pandemie tatsächlich zu einer Chance für die EU und die Welt werden.

Die EU-Kommission möchte die Europäischen Entwicklungstage 2020 nun nächstes Jahr, voraussichtlich am 15./16. Juni, nachholen. Die Organisatoren wollen sich darum bemühen, dabei ein noch höheres Maß an Beteiligung zu erzielen, und das diesjährige Ausbleiben der Veranstaltung dadurch sozusagen wettzumachen. Vielleicht gelingt dies – und vielleicht kann es ein erstes Anzeichen einer „neuen Ära“ der EU-Entwicklungszusammenarbeit sein.

|| Dietrich John

Dietrich John ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im entwicklungspolitischen Dialog des Europa-Büros der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel. Zuvor arbeitete er im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 in der außen- und entwicklungspolitischen Abteilung der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Dietrich John

studierte Politik und internationale Beziehungen an der London School of Economics, sowie BWL und Europäische Studien an der Katholischen Universität Löwen.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. UNDP (2020): COVID-19 & Poverty, URL <https://feature.undp.org/covid-and-poverty> [01.12.2020].
- 2 Vgl. Kräuter, Melanie (2020): Stärkt die Frauen und hört auf sie, in Welt-Sichten 10-2020, S. 11.
- 3 Vgl. UNDP (2020): COVID-19 & Poverty, URL <https://feature.undp.org/covid-and-poverty> [01.12.2020].
- 4 Vgl. Bruckner, Matthias / Mollerus, Roland (2020): UN/DESA Policy Brief #66: COVID-19 and the least developed countries, URL <https://www.un.org/development/desa/dpad/publication/un-desa-policy-brief-66-covid-19-and-the-least-developed-countries/> [01.12.2020].
- 5 Vgl. OECD (2020): The impact of the coronavirus (COVID-19) crisis on development finance, URL <http://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/the-impact-of-the-coronavirus-covid-19-crisis-on-development-finance-9de00b3b/> [01.12.2020].
- 6 Ertl, Veronika (2020): Insufficient funding, in D+C Development and Cooperation 09-10/2020, S. 15.
- 7 Bundesministerium der Finanzen (2020): Kampf gegen Corona: Größtes Hilfspaket in der Geschichte Deutschlands, URL <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html> [01.12.2020].
- 8 Vgl. OECD (2020): OECD Economic Outlook, June 2020 The world economy on a tightrope, URL <http://www.oecd.org/economic-outlook/june-2020/> [01.12.2020].
- 9 Europäische Kommission (2020): The European Union remains world's leading donor of Official Development Assistance with €75.2 billion in 2019, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/european-union-remains-worlds-leading-donor-official-development-assistance_de [01.12.2020].
- 10 z.B. Vgl. European Investment Bank (2020): More than the sum of the parts – putting Team Europe in action through programming (President Hoyer's speech at the EU 2020 Ambassadors' Conference), URL <https://www.eib.org/en/press/speeches/hoyers-speech-at-the-eu-2020-ambassadors-conference> [01.12.2020].
- 11 European Commission (2020): Coronavirus: European Commission announces €22 million to support the health response in the Pacific and Timor-Leste, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/coronavirus-european-commission-announces-eu22-million-support-health-response-pacific-and_en [01.12.2020].
- 12 European Commission (2020): Team Europe provides €160 million to help the most vulnerable in Sudan, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/team-europe-provides-eu160-million-help-most-vulnerable-sudan_en [01.12.2020].
- 13 European Commission (2020): EU COVID-19 response for East Africa: first shipment of medical supplies arrives in Ethiopia, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/eu-covid-19-response-east-africa-first-shipment-medical-supplies-arrives-ethiopia_en [01.12.2020].
- 14 European Commission (2020): Covid-19: EU programme promotes digital solutions to the crisis in Africa, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/covid-19-eu-programme-promotes-digital-solutions-crisis-africa_en [01.12.2020].
- 15 European Commission (2020): Coronavirus: EU supports Central African Republic with €54 million to limit socio-economic risks, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/coronavirus-eu-supports-central-african-republic-eu54-million-limit-socio-economic-risks_en [01.12.2020].
- 16 European Commission (2020): Team Europe: The European Union disburses €25 million to mitigate the effects of the coronavirus crisis in The Gambia, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/team-europe-european-union-disburses-eu25-million-mitigate-effects-coronavirus-crisis-gambia_en [01.12.2020].
- 17 Vgl. European Commission (2020): EU global response to COVID-19, URL https://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/eu-global-response-covid-19_en [01.12.2020].
- 18 Vgl. Elliesen, Moritz (2020): Corona ist auch eine Chance, in Welt-Sichten 10-2020, S. 28-29.
- 19 Vgl. Monath, Hans (2020): Engagieren sich die die USA wieder stärker im Kampf gegen Armut?, URL <https://www.tagesspiegel.de/politik/engagieren-sich-die-die-usa-wieder-staerker-im-kampf-gegen-armut-jeden-tag-verhungern-15-000-kinder/26625762.html> [01.12.2020].
- 20 Ertl, Veronika (2020): S. 16.